

Betreff:

**Haushalt 2022 / Investitionsprogramm 2021 - 2025 für den
Teilhaushalt des Fachbereichs 66 Tiefbau und Verkehr und des
Referats 0660 Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 0600 Baureferat	<i>Datum:</i> 20.01.2022
---	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Ausschuss für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben (Entscheidung)	25.01.2022	Ö

Beschluss:

„1. Der Haushaltsplan 2022 wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Mobilität, Tiefbau und Auftragsvergaben fallenden Beschlüsse zu

- den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt (Anlage 2)
- den Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2021 - 2025 (Anlage 3)
- den finanzunwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte (Anlage 4)
- den Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts (Anlage 5)
- den Ansatzveränderungen des Finanzhaushalts (inkl. IP) 2021-2025 (Anlage 6)
- Stellenplanaanträgen (Anlage 7)

zur Annahme empfohlen.

Die Anlagen sind Bestandteil dieses Beschlusses.

2. Der Haushaltsplan 2022 für die Sonderrechnung Stadtentwässerung und für die Sonderrechnung Abfallwirtschaft wird dem Verwaltungsausschuss und dem Rat unter Berücksichtigung der in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Tiefbau, Mobilität und Auftragsvergaben fallenden Beschlüsse unter Berücksichtigung der Ansatzveränderungen der Sonderrechnung Abfallwirtschaft (Anlage 9) zur Annahme empfohlen.“

Sachverhalt:

Fachausschussunterlagen

Die Entwürfe zum Haushaltsplan 2022 / Investitionsprogramm 2021 - 2025 sind dem Rat vorgelegt worden. Die abschließende Beratung soll in der Sitzung des Rates am 29.03.2022 erfolgen. Zur Vorbereitung dieser Sitzung sind die Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Haushalt in den Fachausschüssen zu behandeln.

Die in den Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Tiefbau, Mobilität und Auftragsvergaben fallenden Anträge und Vorschläge sowie Anfragen zum Haushalt sind in den anliegenden Listen zusammengestellt bzw. als Anlagen beigefügt und werden hiermit zur Beratung vorgelegt.

Produktergebnisse

Die Anträge der Fraktionen/Stadtbezirksräte sowie die Ansatzveränderungen der Verwaltung haben Änderungen der Produkterträge und -aufwendungen zur Folge. Aus technischen Gründen sind die Auswirkungen erst nach der Beschlussfassung durch den Rat ermittelbar. Die Darstellung der endgültigen Produkt-Planbeträge erfolgt daher mit der Endausfertigung des Haushaltsplans 2022.

Haushaltsreste

Zum Jahresabschluss 2020 sind für den Fachbereich 66 Haushaltsreste in Höhe von 21.914.239 € in das Haushaltsjahr 2021 übertragen worden. Bis Ende 2025 ist geplant, diese Haushaltsreste bis auf einen Stand von 12.314.239 € abzubauen. Der Haushaltsplanentwurf 2022 beinhaltet diese Planung. Insgesamt ist ein Haushaltsresteauflauf bis Ende 2025 um 32,3 Mio. € enthalten. Darin ist für den Fachbereich 66 für das Jahr 2022 ein Haushaltsresteabbau um 2 Mio. € berücksichtigt. Für das Jahr 2021 wurde zum Zeitpunkt des Haushaltsplanentwurfs 2022 von einem Haushaltsresteabbau um 3 Mio. € ausgegangen.

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

Ein erhöhter Zeitbedarf bei der Vorbereitung und für die Ausschreibung des 4. Bauabschnittes der Deponierekultivierung führt dazu, dass ein großer Anteil der für 2022 und der vollständige für 2023 eingeplante Auszahlungsbetrag sich jeweils um ein Jahr auf die Jahre 2023 und 2024 verschieben wird. In Folge dieser Verschiebungen stehen der Sonderrechnung mehr als bisher vorgesehene liquide Mittel für konzerninterne Liquiditätsausleihungen zur Verfügung, die im Haushaltspunkt der Sonderrechnung sowohl als Auszahlungsermächtigung als auch als Rückzahlungsbeträge zu berücksichtigen sind. Durch die Ausleihungen können bei den entsprechenden städtischen Gesellschaften Kreditzinsaufwand und bei der Sonderrechnung Abfallwirtschaft Aufwand für Verwahrentgelte eingespart werden. Die Änderungen sind in der Anlage 9 dargestellt.

Leuer

Anlage/n:

Anlage 1 - Anfragen und Anregungen der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 2 - Antragen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Ergebnishaushalt

Anlage 3 - Antragen der Fraktionen und Stadtbezirksräte zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2021
- 2025

Anlage 4 - Finanzunwirksamen Anträgen der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Anlage 5 - Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts

Anlage 6 - Ansatzveränderungen des Finanzhaushalts (inkl. IP) 2021-2025

Anlage 7 - Stellenplananträge

Anlage 8 - Geplanter Haushaltresteabbau

Anlage 9 - Sonderrechnung Abfallwirtschaft, Ansatzveränderungen

Anlage 1

Anfragen / Anregungen

**Beantwortung der Anfrage Nr. A_21 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2022**

Text:

Mit dem Beschluss über den Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" wurde die Verwaltung u.a. damit beauftragt, die Grundlagen für ein besonders sicheres und komfortables Veloroutennetz zu schaffen, das die Stadtteile mit der Innenstadt verbindet. Im Investitionsprogramm 2022 werden unter der Position 5E.660162 Planungs- und Investitionsmittel für die vom Rat beschlossene erste Veloroute aufgeführt. Dies kann jedoch nur der Einstieg in die weiteren Planungs- und Baumaßnahmen des gesamten Veloroutennetzes sein.

Dazu bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Planungen zum gesamtstädtischen Veloroutennetz liegen bislang über die Planungen für die erste Veloroute hinaus vor?
2. Bis wann kann die Verwaltung erste Planungen für das gesamte Veloroutennetz vorlegen?
3. Wie soll sichergestellt werden, dass verlässlich ausreichende personelle Ressourcen und Investitionsmittel zur Verfügung stehen, um das gesamte Veloroutennetz wie vom Rat beschlossen bis zum Jahr 2030 fertigstellen zu können?

Begründung:

keine

Antwort:

Zu 1.: Derzeit liegen keine weiteren, konkreten Veloroutenplanungen vor, da sich die Verwaltung intensiv mit der Planung der ersten Veloroute beschäftigt.

Zu 2.: Gemäß der Maßnahme 3 des Ziele- und Maßnahmenkatalogs "Radverkehr in Braunschweig" wird das Veloroutennetz im Rahmen des Mobilitätsentwicklungsplanes (MEP) erarbeitet. Dieser soll Mitte 2023 vorliegen.

Zu 3.: Die Ermittlung der erforderlichen Ressourcen wird auf Basis der Ergebnisse der Erarbeitung des Veloroutennetzes wie im Beschluss zum Ziele- und Maßnahmenkatalog unter 3. Festgelegt bis zum 30. Juni 2023 erfolgen. Selbstverständlich sind aber auch davor Ressourcen eingeplant, mit denen aktuell bereits die erste Veloroute geplant wird.

Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

**Beantwortung der Anfrage Nr. A_22 der
Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2022**

Text:

In der Liste der Zuschüsse im Vorbericht des Haushaltsplans findet sich u.a. der Punkt „Förderprogramm für Verkehrssicherheit im Radverkehr“, der in den Jahren 2021 und 2022 mit jeweils 20.000 € hinterlegt ist und dem Produkt 1.54.5400.01 „Bearbeitung von Straßenbauprojekten“ zugeordnet ist. Leider lässt sich für uns weder nachvollziehen, auf welchem Weg diese Mittel in den Haushalt aufgenommen wurden, noch, wofür sie konkret verwendet werden sollen. Wir bitten um eine Erläuterung.

Begründung:

keine

Antwort:

Bei den jährlich 20.000 € handelt es sich um einen pauschalen Ansatz, der von der Verwaltung nach dem Ratsbeschluss zum Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" in den Haushalt zur Umsetzung der Maßnahme M 16 des Ziele- und Maßnahmenkataloges aufgenommen worden war. Die Bewirtschaftung der Mittel ist durch Personal vorgesehen, für das ein Stellenanteil von 0,25 im Entwurf des Stellenplanes 2022 enthalten ist. Es ist angedacht, Radverkehrskampagnen der Mobilitätsverbände durch ein formloses Förderprogramm auf Basis einzureichender Projektskizzen zu unterstützen.

Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

- A 23 -

Frakt. Bündnis 90/Die
Grünen

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

1.12.1223.04

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2022

Text:

Seit einigen Jahren erhält die Verkehrswacht Braunschweig einen städtischen Zuschuss in Höhe von 8.000 € pro Jahr, der dem Produkt 1.12.1223.04 Verkehrsaufklärung des Fachbereichs 66 Tiefbau und Verkehr zugeordnet ist. Zumaldest der Grünen Ratsfraktion sind in den letzten Jahren allerdings keine Informationen zur Verwendung dieses Zuschusses in Form z.B. von Jahresabschlüssen, Wirtschaftsplänen oder sonstigen Verwendungsnachweisen übermittelt worden. Deshalb bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat die Verkehrswacht Braunschweig die Verwaltung in den letzten Jahren regelmäßig über die Verwendung dieses jährlichen Zuschusses informiert?
2. Wofür ist dieser Zuschuss in den vergangenen Jahren genau verwendet worden?
3. Kann die Verwaltung Unterlagen zur Verfügung stellen, aus denen die sachgemäße Verwendung dieses Zuschusses ersichtlich wird?

Begründung:

gez. Helge Böttcher und Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

Beantwortung der Anfrage Nr. A_24 der CDU-Fraktion zum Haushalt 2022

Text:

Sauberkeit in der Innenstadt:

Welche der in der Anlage zur Stellungnahme 17-04954-01 (Anfrage der CDU-Fraktion zur besseren Ausstattung mit größeren und Unterflur-Müllbehältern) aufgeführten Standorte für zusätzliche sowie größere Müllbehälter wurden inzwischen realisiert?

Welchen Umsetzungsstand hat der Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion im damaligen Stadtbezirksrat Innenstadt zur Erhöhung der Anzahl öffentlicher Abfallbehälter aus dem Juni dieses Jahres (DS.-Nr. 21-16284)?

Begründung:

Die Sauberkeit in der Innenstadt lässt gerade an Wochenenden nach wie vor deutlich zu wünschen übrig. Die CDU-Fraktion hatte sich bereits 2017 mit einer Anfrage im damaligen Bauausschuss dieses Themas angenommen und zum Haushalt 2018 dann einen Antrag über 40.000 Euro für zusätzliche Unterflurbehälter und größere Müllbehälter gestellt.

Dieser wurde leider von der seinerzeitigen Haushaltsmehrheit abgelehnt.

Im Juni dieses Jahres hat nun der Stadtbezirksrat Innenstadt aufgrund eines Dringlichkeitsantrages der dortigen CDU-Fraktion dieses Thema wieder aufgegriffen. Es bietet sich im Rahmen der Haushaltsberatungen diese Fragen aktuell zu erörtern.

Antwort:

Zur Stellungnahme aus dem Jahr 2017 (DS.-Nr. 17-04954-01):

Es wurden insgesamt 9 statt vorgeschlagenen 6 Unterflurbehälter installiert. Es wurden keine größeren Behälter aufgestellt. Diese werden im Zuge eines Konzeptes - siehe folgend Dringlichkeitsantrag - aufgestellt.

Zu dem Dringlichkeitsantrag der CDU aus 2021 (DS.-Nr. 21-16284):

Auf Vorschlag der ALBA Braunschweig GmbH (ALBA) hat man sich in Abstimmung mit dem Baubezirk Innenstadt (66.32), dem Referat Stadtbild und Denkmalpflege (0610) und dem Referat Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft (0660) auf den Behälter „Kendo“ festgelegt. Das Fassungsvolumen des Behälters liegt bei 60 oder 90 Liter (je nach Standort) und ist somit größer als die bereits vorhandene Papierkörbe, wie zum Beispiel der Typ „Rostock“ (40 Liter) auf dem Platz der Deutschen Einheit. Der Behälter „Kendo“ bietet eine schräge Oberfläche, um das Abstellen von Bechern und Flaschen zu verhindern. Zusätzlich wird durch eine besondere Beschichtung die Entfernung von Graffiti und Aufklebern vereinfacht. Ferner ist dieser weitgehend „krähensicher“. Der Aschenbecher liegt bei beiden Behältergrößen an der Oberseite. Der Behälter wird damit den aktuellen und maßgeblichen Anforderungen an einen Papierkorb im Innenstadtbereich gerecht. Die 12 neuen Behälter werden als Lieferung für die 3. KW erwartet. Die Aufstellung erfolgt dann anschließend in Absprache mit ALBA und Ref. 0610. Generell ist noch zu erwähnen, dass die Behälter in der Innenstadt täglich 2 mal, minimum 1 mal (je nach Aufstellort), geleert werden.

I. A.

Leuer

Unterschrift (Dez./FBL)

**Beantwortung der Anfrage Nr. A_25 der
CDU-Fraktion zum Haushalt 2022**

Text:

Unfallschwerpunkt Kalenwall/Gieseler

Wie sollen die im Projekt 5S.660069 für 2022 eingeplanten Mittel in Höhe von 450.000 Euro eingesetzt werden?

Welche Mittel hat die Verwaltung eingeplant, um den Unfallschwerpunkt Kalenwall/Gieseler baulich zu entschärfen?

Welche Mittel wären in Summe notwendig, um den Unfallschwerpunkt Kalenwall/Gieseler baulich zu entschärfen?

Begründung:

Der Verkehrsknoten Kalenwall/Gielser ist Unfallschwerpunkt. Deshalb sollten hier bauliche Maßnahmen ergriffen werden (zum Beispiel Errichtung eines Kreisels), um die vorhandene Gefahrenstelle zu entschärfen.

Antwort:

Zu 1: In dem genannten Projekt sind Mittel zur (signaltechnischen) Optmierung von Knotenpunkten im gesamten Stadtgebiet enthalten.

Zu 2 und 3: Mit der DS 21-15246 wurde über die Maßnahmen zur Verringerung der Verkehrsunfälle im Bereich Europaplatz berichtet. Diese betreffen auch den Unfallschwerpunkt Kalenwall/Gieselerwall, welcher durch signaltechnische Maßnahmen in 2019 entschärft worden ist. Daraufhin hat sich das Unfallgeschehen erheblich reduziert. Geplante Straßenumbaumaßnahmen, um die „UHS Europaplatz“ darüber hinaus zu entschärfen, sind derzeit nicht geplant. Hintergrund hierfür ist auch das perspektivische, aber zur Zeit ruhende Großprojekt Umfeld Europaplatz.

Nachrichtlich
Anfragen / Anregungen im Original

Frakt. Bündnis 90/Die Grünen

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66

Produkt
5E.660162

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2022

Text:

Mit dem Beschluss über den Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" wurde die Verwaltung u.a. damit beauftragt, die Grundlagen für ein besonders sicheres und komfortables Veloroutennetz zu schaffen, das die Stadtteile mit der Innenstadt verbindet. Im Investitionsprogramm 2022 werden unter der Position 5E.660162 Planungs- und Investitionsmittel für die vom Rat beschlossene erste Veloroute aufgeführt. Dies kann jedoch nur der Einstieg in die weiteren Planungs- und Baumaßnahmen des gesamten Veloroutennetzes sein.

Dazu bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Planungen zum gesamtstädtischen Veloroutennetz liegen bislang über die Planungen für die erste Veloroute hinaus vor?
2. Bis wann kann die Verwaltung erste Planungen für das gesamte Veloroutennetz vorlegen?
3. Wie soll sichergestellt werden, dass verlässlich ausreichende personelle Ressourcen und Investitionsmittel zur Verfügung stehen, um das gesamte Veloroutennetz wie vom Rat beschlossen bis zum Jahr 2030 fertigstellen zu können?

Begründung:

gez. Helge Böttcher und Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

- A 22 -

Frakt.Bündnis 90/Die

Grünen

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

1.54.5400.01

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2022

Text:

In der Liste der Zuschüsse im Vorbericht des Haushaltsplans findet sich u.a. der Punkt „Förderprogramm für Verkehrssicherheit im Radverkehr“, der in den Jahren 2021 und 2022 mit jeweils 20.000 € hinterlegt ist und dem Produkt 1.54.5400.01 „Bearbeitung von Straßenbauprojekten“ zugeordnet ist. Leider lässt sich für uns weder nachvollziehen, auf welchem Weg diese Mittel in den Haushalt aufgenommen wurden, noch, wofür sie konkret verwendet werden sollen. Wir bitten um eine Erläuterung.

Begründung:

gez. Helge Böttcher und Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

- A 24 -

CDU-Fraktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

Diverse

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2022

Text:

Sauberkeit in der Innenstadt

Welche der in der Anlage zur Stellungnahme 17-04954-01 (Anfrage der CDU-Fraktion zur besseren Ausstattung mit größeren und Unterflur-Müllbehältern) aufgeführten Standorte für zusätzliche sowie größere Müllbehälter wurden inzwischen realisiert?

Welchen Umsetzungsstand hat der Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion im damaligen Stadtbezirksrat Innenstadt zur Erhöhung der Anzahl öffentlicher Abfallbehälter aus dem Juni dieses Jahres (DS.-Nr. 21-16284)?

Begründung:

Die Sauberkeit in der Innenstadt lässt gerade an Wochenenden nach wie vor deutlich zu wünschen übrig. Die CDU-Fraktion hatte sich bereits 2017 mit einer Anfrage im damaligen Bauausschuss dieses Themas angenommen und zum Haushalt 2018 dann einen Antrag über 40.000 Euro für zusätzliche Unterflurbehälter und größere Müllbehälter gestellt. Dieser wurde leider von der seinerzeitigen Haushaltsmehrheit abgelehnt.

Im Juni dieses Jahres hat nun der Stadtbezirksrat Innenstadt aufgrund eines Dringlichkeitsantrages der dortigen CDU-Fraktion dieses Thema wieder aufgegriffen. Es bietet sich im Rahmen der Haushaltsberatungen diese Fragen aktuell zu erörtern.

Thorsten Köster
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

- A 25 -

CDU-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

5S.660069

ANFRAGE/ANREGUNG ZUM HAUSHALT 2022

Text:

Unfallschwerpunkt Kalenwall/Gieseler

Wie sollen die im Projekt 5S.660069 für 2022 eingeplanten Mittel in Höhe von 450.000 Euro eingesetzt werden?

Welche Mittel hat die Verwaltung eingeplant, um den Unfallschwerpunkt Kalenwall/Gieseler baulich zu entschärfen?

Welche Mittel wären in Summe notwendig, um den Unfallschwerpunkt Kalenwall/Gieseler baulich zu entschärfen?

Begründung:

Der Verkehrsknoten Kalenwall/Gielser ist Unfallschwerpunkt. Deshalb sollten hier bauliche Maßnahmen ergriffen werden (zum Beispiel Errichtung eines Kreisels), um die vorhandene Gefahrenstelle zu entschärfen.

Thorsten Köster
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Anlage 2

Anträge der Fraktionen und der Stadtbezirksräte
zum Ergebnishaushalt

	Teilhaushalt			Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2022 in €		Veränderungen in €								Dauer	Anmerkungen	dafür	dagegen	enthalten			
	Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung			bisher	neu	2022		2023		2024		2025									
	Fachbereich 20 - Finanzen					- 76.045.290	- 76.045.290	0	0	0	0	0	0	0	0								
1	39	1.57.5731.08	Sonstige wirtschaftliche Unternehmen		BIBS	Einführung des kostenlosen ÖPNV in Braunschweig In Braunschweig wird der Nultarif im ÖPNV eingeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Plan zur Umsetzung vorzulegen. Die Umsetzung muss in Anbetracht der Klimaproblematik zeitnah erfolgen. Ein wichtiges Teilziel des Beschlusses „Klimaneutralität 2030“ ist die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Eine Voraussetzung dafür ist ein verbessertes Angebot des ÖPNV. In verschiedenen europäischen und außereuropäischen Städten gibt es bereits den Nultarif für bestimmte Personengruppen oder komplett, so in Tallinn oder Manaus.											dauerh.	*) Der Antrag enthält keinen Betrag. Ein Betrag konnte noch nicht ermittelt werden.					
2	62	Neu	Neu	Diverse	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Einführung eines Bikesharing-Systems in Braunschweig Für die Einrichtung eines Bikesharing-Systems in Braunschweig werden die folgenden Mittel für Investitionen und den laufenden Betrieb in den Haushaltsplan 2022 und die Folgejahre aufgenommen: 1. Investitions- und Betriebskosten für die einmalige Einrichtung eines Bikesharing-System in Höhe von 400.000 € im Haushaltsplan 2022. 2. Mittel für den laufenden Betrieb in Höhe von 350.000 € für die Folgejahre. (Begründung s. Antrag)				+ 400.000		+ 350.000		+ 350.000		+ 350.000			dauerh.	Der Betrag der Kosten für die einmalige Einrichtung zu Ziffer 1. ist vorerst nicht in der Liste der Anträge zum Investitionsprogramm enthalten.			

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FWE 39 der
BIBS-Fraktion zum Haushalt 2022**

Text:

In Braunschweig wird der Nulltarif im ÖPNV eingeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Plan zur Umsetzung vorzulegen. Die Umsetzung muss in Anbetracht der Klimaproblematik zeitnah erfolgen.

Begründung:

Ein wichtiges Teilziel des Beschlusses „Klimaneutralität 2030“ ist die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Eine Voraussetzung dafür ist ein verbessertes Angebot des ÖPNV. In verschiedenen europäischen und außereuropäischen Städten gibt es bereits den Nulltarif für bestimmte Personengruppen oder komplett, so in Tallinn oder Manaus.

Stellungnahme:

Die BSVG ist Mitglied in Verkehrsverbund Region Braunschweig (VRB). Der Vorteil des Verkehrsverbunds besteht darin, über die Stadtgrenze hinaus mit einheitlichen Fahrscheinen in der Region im ÖPNV mobil zu sein. Über ein Einnahmeaufteilungsverfahren werden die Fahrgeldeinnahmen aller Unternehmen nach einem Schlüssel von Leistungskilometern und Fahrgastaufkommen aufgeteilt. Die anteiligen Fahrgeldeinnahmen an den Gesamteinnahmen der VRB für die BSVG betragen rund 36 Mio. Euro. Diese sowie die Leistungsanteile anderer Verkehrsunternehmen auf dem Braunschweiger Stadtgebiet wären somit zusätzlich aus dem städtischen Haushalt zu finanzieren.

Eine kurzfristige Fahrgaststeigerung kann die BSVG mit den bestehenden Kapazitäten nicht auffangen. Der Vorlauf für die Planung und Umsetzung von Leistungsausweitungen (dichtere Takte) bedarf einiger Jahre. Denn Fahrzeuge müssen ausgeschrieben und bestellt, zusätzliche Werkstattkapazitäten geschaffen und zuletzt auch das zusätzliche Personal für den Fahrdienst und die Werkstätten eingestellt werden. Auch dafür müssen zusätzliche Finanzmittel bereitgestellt werden.

Die Verwaltung weist auch darauf hin, dass Versuchprojekte mit kostenfreiem ÖPNV in anderen Städten nicht zum gewünschten Erfolg geführt haben. So wurde ein Versuchprojekt in Bologna (Italien) nicht fortgesetzt. Ein gutes Angebot darf auch etwas kosten, das kostenfreie Angebot darf und soll nicht suggerieren, dass es sich um ein "Ramsch- oder Restangebot" handelt. Damit würden die gewünschten Ziele konterkarriert.

Diskussionen über Tarifstrukturen und Tarifangebote sollten auf Ebene des Regionalverbands initiiert und geführt werden, weil über diesen eine direkte Einflussnahme auf die Entscheidungen der VRB (der Regionalverband hält 51% der Geschäftsanteile) möglich sind.

Wählen Sie ein Element aus.

gez. Kügler

Unterschrift (Dez./FBL)

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 25.01.2022					
FPDA am 03.03.2022					

- FWE 62 -

Faktion Bündnis 90/Die Grünen

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

Neu

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2022

Überschrift

Einführung eines Bikesharing-Systems in Braunschweig

Beschlussvorschlag

Für die Einrichtung eines Bikesharing-Systems in Braunschweig werden die folgenden Mittel für Investitionen und den laufenden Betrieb in den Haushaltsplan 2022 und die Folgejahre aufgenommen:

1. Investitions- und Betriebskosten für die einmalige Einrichtung eines Bikesharing-System in Höhe von 400.000 € im Haushaltsplan 2022.
2. Mittel für den laufenden Betrieb in Höhe von 350.000 € für die Folgejahre.

Begründung

Die Diskussion um die Einführung eines Bikesharing-Systems wird in Braunschweig schon seit einigen Jahren geführt, ohne dass es konkrete Umsetzungsschritte gegeben hat. Mittlerweile hat sich die Situation zwar z.B. durch Angebote zum Verleih von sog. E-Scootern verändert. Es kann aber nach wie vor davon ausgegangen werden, dass der Bedarf an einem Verleihsystem für Fahrräder unverändert groß ist.

Mit diesem Antrag soll die Einführung eines möglichst flächendeckenden Verleihsystems für Fahrräder in Braunschweig noch im Jahr 2022 auf den Weg gebracht werden.

Dabei ist es unserer Ansicht nach nach wie vor sinnvoll, mit anderen Partner z.B. aus der Wohnungswirtschaft oder dem Studentenwerk zusammenzuarbeiten, um ein einheitliches System in Braunschweig zu etablieren. Darüber sollte perspektivisch ein regionales Bikesharing-System auf den Weg gebracht werden. Die Verwaltung wird gebeten, die entsprechenden Gespräche aufzunehmen oder fortzuführen.

gez. Helge Böttcher und Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 25.01.2022					
FPDA am 03.03.2022					

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

**Nachrichtlich
Anträge im Original**

- FWE 39 -

BIBS-Faktion

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

20 / Ref. 0120

Produkt

1.57.5731.08

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2022

Überschrift

Einführung des kostenlosen ÖPNV in Braunschweig

Beschlussvorschlag

In Braunschweig wird der Nulltarif im ÖPNV eingeführt. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Plan zur Umsetzung vorzulegen. Die Umsetzung muss in Anbetracht der Klimaproblematik zeitnah erfolgen.

Begründung

Ein wichtiges Teilziel des Beschlusses „Klimaneutralität 2030“ ist die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs. Eine Voraussetzung dafür ist ein verbessertes Angebot des ÖPNV. In verschiedenen europäischen und außereuropäischen Städten gibt es bereits den Nulltarif für bestimmte Personengruppen oder komplett, so in Tallinn oder Manaus.

Tatjana Jenzen

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 25.01.2022					
FPDA am 03.03.2022					

Anlage 3

Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte
zum Finanzhaushalt (inkl. IP) 2021 - 2025

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	Restbedarf ab 2026 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten	
Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr															
Umgestaltung Bienroder Weg															
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0	0					
76a	5E.660160 Bienroder Weg / Umgestaltung Radweg- 2. BA	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		bisher 1.040.000 neu 1.040.000	0 0	0 0	1.040.000 0	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel i. H. v. 150.000 EUR für 2022 für die Planung des 2. BA der Umgestaltung der Nebenanlagen des Bienroder Weges (Gesamtausgaben bisher: 1,3 Mio. EUR, Gesamteinnahmen bisher: 1,04 Mio. EUR)				
1			Veränderung		0	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Es ist vorgesehen, die Maßnahme mit eigenem Personal zu bearbeiten, so dass die Verwaltung keine Planungsmittel angemeldet hat. Dennoch erscheint es z. B. für Voruntersuchungen etc. sinnvoll zu sein, Haushaltssmittel in 2022 in Höhe von 50.000 EUR einzuplanen. Diese 50.000 EUR könnten aus den gemeldeten Gesamtkosten i. H. v. 1,3 Mio. EUR von 2023 auf 2022 vorgezogen werden.				
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			150.000	150.000	0	0	0	0	0					
76b	5E.660160 Bienroder Weg / Umgestaltung Radweg- 2. BA	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		bisher 1.300.000 neu 1.450.000	0 0	0 150.000	1.300.000 1.300.000	0 0	0 0	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel i. H. v. 150.000 EUR für 2022 für die Planung des 2. BA der Umgestaltung der Nebenanlagen des Bienroder Weges (Gesamtausgaben bisher: 1,3 Mio. EUR, Gesamteinnahmen bisher: 1,04 Mio. EUR)				
2			Veränderung	150.000	150.000	0	0	0	0	0	Anmerkung der Verwaltung: Zusätzlich zu den dargestellten Sachkosten fallen noch Personalkosten des FB 66 an. Es ist vorgesehen, die Maßnahme mit eigenem Personal zu bearbeiten, so dass die Verwaltung keine Planungsmittel angemeldet hat. Dennoch erscheint es z. B. für Voruntersuchungen etc. sinnvoll zu sein, Haushaltssmittel in 2022 in Höhe von 50.000 EUR einzuplanen. Diese 50.000 EUR könnten aus den gemeldeten Gesamtkosten i. H. v. 1,3 Mio. EUR von 2023 auf 2022 vorgezogen werden.				

Anlage 3 - Haushaltslesung 2022 - Investitionsprogramm 2021 - 2025 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

AMTA
Abstimmungsergebnis

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	Restbedarf ab 2026 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
Baumaßnahmen zu Bushaltestellen														
19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)			250.000		0	0	250.000	0	0				
3	5S.660067 Bushaltestellen/Umgestaltung 5.BA	SBR 321		bisher neu	3.420.474 3.670.474	2.220.474 2.220.474	300.000 300.000	300.000 550.000	300.000 300.000	0 0	zusätzliche Einzahlungen (Zuwendungen) für 2022 für die Erstellung beleuchteter und wetterschützter Wartebereiche an den durch die Verlängerung der Linie 418 neu entstandenen Bushaltestellen zum Ersatz der teilweise immer noch provisorischen Haltestellen			
				Veränderung	250.000		0	0	250.000	0				
											Anmerkung der Verwaltung: Bei dem Antrag handelt es sich um die drei in Lamme befindlichen Haltestellen Lammer Heide (Fahrtichtung Nord und Süd), Neudammstraße (beide) und Rodedamm (Fahrtichtung Osten). Es wird mit Gesamtkosten von 500.000 EUR gerechnet, wovon 50% als Förderung eingeplant werden. Frühestmögliche Realisierung, unter der Annahme, dass beschlossen würde, dass diese Haltestellen entgegen den Festlegungen im Bushaltestellenkonzept prioritätär geplant werden sollten, wäre in 2024.			
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)			500.000		0	0	500.000	0	0				
4	5S.660067 Bushaltestellen/Umgestaltung 5.BA	SBR 321		bisher neu	7.696.419 8.196.419	5.296.419 5.296.419	600.000 600.000	600.000 600.000	600.000 1.100.000	0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für 2022 für die Erstellung beleuchteter und wetterschützter Wartebereiche an den durch die Verlängerung der Linie 418 neu entstandenen Bushaltestellen zum Ersatz der teilweise immer noch provisorischen Haltestellen			
				Veränderung	500.000		0	0	500.000	0				
											Anmerkung der Verwaltung: Zusätzlich zu den dargestellten Sachkosten fallen noch Personalkosten des FB 66 an. Bei dem Antrag handelt es sich um die drei in Lamme befindlichen Haltestellen Lammer Heide (Fahrtichtung Nord und Süd), Neudammstraße (beide) und Rodedamm (Fahrtichtung Osten). Es wird mit Gesamtkosten von 500.000 EUR gerechnet, wovon 50% als Förderung eingeplant werden. Frühestmögliche Realisierung, unter der Annahme, dass beschlossen würde, dass diese Haltestellen entgegen den Festlegungen im Bushaltestellenkonzept prioritätär geplant werden sollten, wäre in 2024.			

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Anlage 3 - Haushaltslesung 2022 - Investitionsprogramm 2021 - 2025 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

AMTA
Abstimmungsergebnis

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	Restbedarf ab 2026 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten		
Maßnahmen des Radverkehrs																
Vorplanung von Neubauten von Radwegen																
17 Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)																
77	3E.66 NEU	Radweg an der L473 (Timmerlah-Groß Gleidingen) und der L611 (Völkenrode-Bortfelder Kreisel) / Vorplanung Neubau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN													
5				bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltssmittel für 2022 in Höhe von 70.000 EUR für Vorplanungen (Leistungsphasen 1 und 2 HOAI) für den Bau je eines Radweges an der L473 (Timmerlah-Groß Gleidingen) und der L611 (Völkenrode-Bortfelder Kreisel)					
				neu	70.000	0	70.000	0	0	0						
				Veränderung	70.000		70.000	0	0	0						
Neubau Radweg Völkenrode-Bortfeld																
17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			800.000	800.000	0	0	0	0							
6	4E.66 NEU	Radweg Völkenrode-Bortfeld / Neubau	SBR 321	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltssmittel für 2022 für die Planung und Realisierung des Radweges Völkenrode-Bortfeld Der Radweg beinhaltet eine Gesamtlänge ca. 2.260 m zwischen Einmündung Ackernkamp und Kreisverkehr L475/Drensäcker. Davon entfallen auf das Braunschweiger Stadtgebiet ca. 1.000 m. Die Kosten für einen 3,20 m breiten kombinierten Geh- und Radweg liegen in der Größenordnung von 800.000 EUR. Zuständig für Bau und Finanzierung dieses Radwegs ist grundsätzlich das Land. Zunächst müsste der Grunderwerb für den Bau des Radweges erfolgen. Nach dem Neubau würden sämtliche Grundstücke sowie der Radweg in das Eigentum des Landes übergehen.					
neu	800.000	0	800.000	0	0	0										
Veränderung	800.000		800.000	0	0	0										

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Anlage 3 - Haushaltslesung 2022 - Investitionsprogramm 2021 - 2025 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

AMTA
Abstimmungsergebnis

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	Restbedarf ab 2026 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
Neubau Rad- und Fußweg Veltenhof /Celler Heerstraße														
26		Baumaßnahmen (Veränderungen)			0	0	0	0	0	0				
7	5E.66 NEU	Rad- und Fußweg Veltenhof/Celler Heerstraße / Neubau	SBR 322	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltssmittel für 2022 für den Neubau eines kombinierten Rad- und Fußweges zwischen Veltenhof (Okerbrücke) und Celler Heerstraße (Einmündung Wiesental)			
				neu	0	0	*)	*)	*)	*)				
				Veränderung	0	0	*)	*)	*)	*)				
sonstige Tiefbaumaßnahmen														
17		Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)			155.000	155.000	0	0	0	0				
8	3E.66 NEU	Kreuzung Berliner Heerstraße-Ziegelkamp/Planung Umgestaltung	SBR 111	bisher	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltssmittel in Höhe von 25.000 EUR für 2022 für die Planung der Umgestaltung der zentralen Kreuzung Berliner Heerstraße / Ziegelkamp / Am Feuerreich für eine klare und eindeutige Verkehrsführung (nach dem Vorbild des neuen Kreisverkehrs Schapen)			
				neu	25.000	0	25.000	0	0	0				
				Veränderung	25.000	25.000	0	0	0	0				

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Anlage 3 - Haushaltslesung 2022 - Investitionsprogramm 2021 - 2025 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

AMTA
Abstimmungsergebnis

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	Restbedarf ab 2026 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
9	4E.66 NEU	Eichenweg Lamme-Lehndorf / qualitative Aufwertung	SBR 321		bisher 0 neu 0	0 0 *) 0	0 0 *) 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für 2022 für die qualitative Aufwertung des Eichenweges Lamme-Lehndorf gemeinsam mit der Feldmarksinteressentschaft. Anmerkung der Verwaltung: Zusätzlich zu den dargestellten Sachkosten fallen noch Personalkosten des FB 66 an. Bei dem benannten Weg handelt es sich nicht um einen Radweg, sondern um einen landwirtschaftlichen Weg. Von Lehndorf kommend befinden sich die ersten ca. 400 m im Eigentum der Stadt Braunschweig, die weiteren ca. 1.100 m bis Lamme im Eigentum der Feldmarksinteressentschaft (FI) Lamme. Einer Erüchtigung oder Ausschilderung des Weges im Sinne des Radverkehrs hat die FI in der Vergangenheit nicht zugestimmt. Daher käme aktuell nur ein Neubau eines zusätzlichen Radweges neben dem Weg der FI infrage, soweit die Flächen dafür verkauft würden. Die Kosten für einen 3,20 m breiten kombinierten Geh- und Radweg liegen in der Größenordnung von 1,2 Mio. EUR (ohne Grundstück).			
10	4S.66 NEU	Global-Instandhaltungen Gemeindestraßen	SB 321		bisher 0 neu 130.000	0 0 0 130.000	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für 2022 für die Instandsetzung der Fuß-/Radwegverbindung zwischen Ölper und Watenbüttel, im Bereich zwischen Ortsausgang Ölper und Bahnübergang Anmerkung der Verwaltung: Die Verwaltung schätzt die Kosten auf 130.000 EUR (einschl. fünf Wurzelbrücken für angrenzende Bäume); sofern mehr Wurzelbrücken erforderlich sein sollten, würde sich die Bausumme signifikant erhöhen			
11	5E.66 NEU	Straße Am Lehmanger / Sanierung	SBR 221		bisher 0 neu 1.650.000	0 0 0 150.000	0 1.500.000 1.500.000 0	0 0 0 0	0 0 0 0	0 0 0 0	zusätzliche Haushaltssmittel für 2022 für die Sanierung der Straße "Am Lehmanger" Anmerkung der Verwaltung: Eine Sanierung der Straße Am Lehmanger ist nicht mehr zielführend. Die Kostenermittlung erfasst daher Planung und Neubau. Es wird mit Gesamtkosten von rd. 1,65 Mio. EUR gerechnet.			
26 Baumaßnahmen (Veränderungen) 1.650.000 150.000 1.500.000 0 0 0														

*) eine aktuelle Kostenermittlung liegt noch nicht vor

Anlage 3 - Haushaltslesung 2022 - Investitionsprogramm 2021 - 2025 - Anträge der Fraktionen und Stadtbezirksräte

AMTA
Abstimmungsergebnis

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt- kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	Restbedarf ab 2026 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten
-------------	---------------------------	-------------------	-----------	---------------------------	-------------------------------------	--------------	--------------	--------------	--------------	-------------------------------	-------------	-------	---------	-----------

Veränderungen Erträge	(Zeile 10)			0	0	0	0	0	0	0				
Veränderungen Aufwendungen	(Zeile 17)			1.025.000	0	0	0	0	0	0				
Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				1.025.000	0	0	0	0	0	0				
Veränderungen Investitionseinzahlungen	(Zeilen 19 - 23)			0	0	250.000	0	0	0	0				
Veränderungen Investitionsauszahlungen	(Zeilen 25-30)			300.000	1.500.000	500.000	0	0	0	0				
Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				300.000	1.500.000	250.000	0	0	0	0				
Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung				1.325.000	1.500.000	250.000	0	0	0	0				

nachrichtlich:

Verpflichtungsermächtigungen:

2023	0
2024	0
2025	0

- FWI 76 -

Frakt. Bündnis 90/Die
Grünen

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit
66 / FB 66

Projekt-Nr.
5E.660160

ANTRAG ZUM HAUSHALT 2022 / INVESTITIONSPROGRAMM 2021 - 2025

Neues Projekt

Bestehendes Projekt

Projekt-Nr.: 5E.660160

Seite des Investitionsprogramms:

855,

1231

Bezeichnung des Projektes: Bienroder Weg /Umgestaltung Radweg – 2. BA

Baukosten

Beschaffungskosten

Zuschuss an Dritte

1. Es wird folgende Veränderung zum Haushalt
2022 beantragt

mehr/weniger (+/-)

+ 150.000 €

2. Es wird beantragt, im Haushalt 2022 eine Verpflichtungsermächtigung

in Höhe von €

zu Lasten der Jahre

2023 in Höhe von €

2024 in Höhe von €

2025 in Höhe von €

festzusetzen.

3. Die Gesamtkosten betragen

€

4. Es wird beantragt, in das Investitionsprogramm folgende Planungsraten aufzunehmen
(in T€):

Gesamt- kosten	Vorjahre	2022	Planungsraten			Restbedarf ab 2026
			2023	2024	2025	

Begründung:

Im Investitionsprogramm finden sich bislang lediglich Mittel für den 2. BA der Umgestaltung der Nebenanlagen des Bienroder Wegs im Jahr 2023. Um in diesem Jahr wirklich mit dem Bau beginnen zu können, ist es aus unserer Sicht notwendig, Planungskosten bereits im Jahr 2022 zur Verfügung zu stellen.

gez. Helge Böttcher und Lisa - Marie Jalyschko

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 25.01.2022					
FPDA am 03.03.2022					

- FWI 77 -

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

3E66Neu

FINANZWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2022

Überschrift

Radwegeneubau: Vorplanung

Beschlussvorschlag

Für die Beauftragung von Vorplanungen (Leistungsphasen 1 und 2 HOAI) für den Bau je eines Radweges an der L473 (Timmerlah-Groß Gleidingen) und der L 611 (Völkenrode-Bortfelder Kreisel) werden Mittel in Höhe von 70.000 € in den Haushaltsplan 2022 eingestellt.

Begründung

Die Diskussion um einen möglichen Neubau dieser beiden Radwege wird bereits seit etlichen Jahren, im Fall des Radwegs von Völkenrode zum Bortfelder Kreisel schon seit mehreren Jahrzehnten geführt. Zuletzt konnten Fördermittel, die zum Bau dieser Radwege hätten verwendet werden können, nicht abgerufen werden, weil der Bau dieser Radwege nicht rechtzeitig abgeschlossen werden konnte (DS 21-15140-02). Hätten zum damaligen Zeitpunkt die hier beantragten Vorplanungen vorgelegen, wäre die Chance, den Bau dieser Radwege aus diesem Förderprogramm zu finanzieren, vermutlich deutlich größer gewesen.

gez. Helge Böttcher und Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 25.01.2022					
FPDA am 03.03.2022					

Anlage 4

Finanzunwirksame Anträge
der Fraktionen und Stadtbezirksräte

Dez. VII
Stelle 20.13

Datum: 14.01.2022

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FU 34 der
BIBS-Fraktion zum Haushalt 2022**

Text:

Ladesäulen für E-Kfz sollen nur mit grünem Strom betrieben werden. Damit ist regenerativer Strom von solchen Anbietern gemeint, die nicht gleichzeitig Atom- oder Kohlestrom verkaufen. Diese Bedingung sollte in Konzessionsverträge mit Ladesäulenbetreibern aufgenommen werden.

Begründung:

Nur bei der Abnahme von grünem Strom fährt das Fahrzeug CO2-neutral und die nötige Energiewende wird beschleunigt. Stammt der Strom aus einem Kohle-, Gas- oder Atomkraftwerk, so verstärkt sich der Treibhauseffekt.

Stellungnahme:

Die bisher 17 städtischen Ladesäulen wurden im Jahr 2021 auf die KOM-DIA GmbH übertragen, einer Tochtergesellschaft der Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG (BS|ENERGY) und werden von dort betreut. Die Gesellschaft wurde um Stellungnahme gebeten und teilte hierzu mit, dass Ladestationen, die im öffentlichen Bereich durch die KOM-DIA GmbH bzw. durch BS|ENERGY betrieben und mit Energie beliefert werden, grundsätzlich Ökostrom beziehen, der nach strengen Kriterien des "Grüner-Strom-Labels" zertifiziert ist, um eine emissionsarme Mobilität zu gewährleisten. Mittlerweile gibt es einige weitere Ladestationen auf privatem sowie halböffentlichen Grund. Hier hat die Stadt keine Einflussmöglichkeiten auf die Stromversorgung. Derzeit läuft die Konzessionsauschreibung für die bedarfsgerechte Entwicklung und den Betrieb von Ladeinfrastruktur auf öffentlichen Verkehrsflächen der Stadt Braunschweig. (21-16987 und 21-17052). Im Konzessionsverfahren ist die Nutzung von Ökostrom für die Ladeinfrastruktur vorgegeben.

Wählen Sie ein Element aus.

gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

- FU 34 -

Ausschussempfehlung:

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 25.01.2022					
FPDA am 03.03.2022					

**Nachrichtlich
Anträge im Original**

BIBS-Fraktion
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

20 / FB 20

Produkt

Neu

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2022

Überschrift

Ladesäulen für E-Kfz nur mit grünem Strom betreiben

Beschlussvorschlag

Ladesäulen für E-Kfz sollen nur mit grünem Strom betrieben werden. Damit ist regenerativer Strom von solchen Anbietern gemeint, die nicht gleichzeitig Atom- oder Kohlestrom verkaufen. Diese Bedingung sollte in Konzessionsverträge mit Ladesäulenbetreibern aufgenommen werden.

Begründung

Nur bei der Abnahme von grünem Strom fährt das Fahrzeug CO2-neutral und die nötige Energiewende wird beschleunigt. Stammt der Strom aus einem Kohle-, Gas- oder Atomkraftwerk, so verstärkt sich der Treibhauseffekt.

Tatjana Jenzen

Unterschrift

Anlage 5

Ansatzveränderungen des Ergebnishaushalts

Anlage 5 - Ergebnishaushalt - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Ifd. Nr.	Teilhaushalt			Planansatz 2022 in €	Veränderungen in €										AMTA			
	Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung		2022		2023		2024		2025		Dauer	Anmerkungen	Abstimmungsergebnis			
					bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen			dafür	dagegen	enthalten	
			Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr		- 39.074.277	- 38.864.277	250.000	40.000	250.000	40.000	250.000	40.000	250.000	40.000	250.000	40.000		
1	74	1.12.1223.03	Verkehrsrechtliche Genehmigungen	331110 Verwaltungsgebühren	Umsetzung des Haushaltsoptimierungsverschlags 113 (grüne Kategorie) „Erhöhung der Gebühren für Genehmigung von Schwerlasttransporten“										dauerh.			
2	75	1.54.5400.02	Bereitstellung v. Straßen/Wegen/Plätzen	445710 Erstattung an private Unternehmen	Klimaschutzkonzept 2.0: Umstellung des Stroms für die Straßenbeleuchtung auf Strom aus erneuerbaren Energien. Dies würde zu höheren Stromkosten von etwa 40.000 € führen.										dauerh.			

Anlage 6

Ansatzveränderungen des
Finanzhaushalts (inkl. IP) 2021 - 2025

Anlage 6 - Haushaltslesung 2022 - Investitionsprogramm 2021 - 2025 - Ansatzveränderungen der Verwaltung

Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	AMTA					Abstimmungsergebnis			
						2022 in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	Restbedarf ab 2026 in €	Bemerkungen	dafür	dagegen	enthalten

Teilhaushalt 66 - Tiefbau und Verkehr

LED-Beleuchtungsanlagen

Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)													
17	274.400	218.600	18.600	18.600	18.600	0							
1	4S.660001 FB 66: Instandhaltungen	bisher	1.705.474	1.157.474	137.000	137.000	137.000	137.000	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. jährlich 18.600 EUR für die Softwarewartung der Straßenplanungssoftware; die alte Software wird vom Anbieter nicht weiter unterstützt, sodass eine neue Software beschafft wird			
		neu	1.779.874	1.157.474	155.600	155.600	155.600	155.600	0				
		Veränderung	74.400		18.600	18.600	18.600	18.600	0				
2	4S.66 NEU FB 66: Global-Instandhaltungen Beleuchtungsanl.	bisher	0	0	0	0	0	0	0	zusätzliche Haushaltsmittel i. H. v. 200.000 EUR für 2022 für ein Pilotprojekt auf Basis der Ratsbeschlüsse zu einem Klimaschutzkonzept 2.0 zur CO ₂ -Einsparung durch Beschleunigung der Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Beleuchtung			
		neu	200.000	0	200.000	0	0	0	0				
		Veränderung	200.000		200.000	0	0	0	0				

Maßnahmen i.Z.m. öffentlichen Verkehrsmitteln

19	Zuwendungen für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	400.000	100.000	100.000	100.000	100.000	0				
3	5S.660067 Bushaltestellen/Umgestaltung 5.BA	bisher neu Veränderung	3.420.474 3.820.474 400.000	2.220.474 2.220.474	300.000 400.000	300.000 400.000	300.000 400.000	0 0 0	zusätzliche Einzahlungen (Zuwendungen) i. H. v. jährlich 100.000 EUR für den niederfluggerechten Umbau von Haltestellen		
26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	800.000	200.000	200.000	200.000	200.000	0				
4	5S.660067 Bushaltestellen/Umgestaltung 5.BA	bisher neu Veränderung	7.696.419 8.496.419 800.000	5.296.419 5.296.419 200.000	600.000 800.000	600.000 800.000	600.000 800.000	0 0 0	zusätzliche Haushaltmittel i. H. v. jährlich 200.000 EUR für den niederfluggerechten Umbau von Haltestellen aufgrund von Baukostensteigerungen.		

Erschließungsmaßnahmen

	20	Beiträge u.ä. Entgelte für Investitionstätigkeit (Veränderungen)	-2.400.000	0	0	0	-2.200.000	-200.000	
	5	5E.660151 Baugeb. Schefflerstr.-Süd/Erschließung	bisher 2.400.000 0 0 0 2.200.000 200.000 neu 0 0 0 0 0 0 0 Veränderung -2.400.000 0 0 0 -2.200.000 -200.000				geringere Einzahlungen (Beiträge) für die Erschließung des Baugebietes Schefflerstraße-Süd, da die Umsetzung im Rahmen des Sanierungsgebietes Bahnstadt erfolgt		
	26	Baumaßnahmen (Veränderungen)	#BEZUG!	-20.000	0	-1.400.000	-1.400.000	0	
	6	5E.660151 Baugeb. Schefflerstr.-Süd/Erschließung	bisher 3.070.000 250.000 20.000 0 1.400.000 1.400.000 0 neu 250.000 250.000 0 0 0 0 0 Veränderung -2.820.000 -20.000 0 -1.400.000 -1.400.000 0			geringere Haushaltssittel für die Erschließung des Baugebietes Schefflerstraße-Süd, da die Umsetzung im Rahmen des Sanierungsgebietes Bahnstadt erfolgt			

Gesamt Anträge Ansatzveränderungen:

Veränderungen Erträge	(Zeile 10)	0	0	0	0	0
Veränderungen Aufwendungen	(Zeile 17)	218.600	18.600	18.600	18.600	0
Ergebnisveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		218.600	18.600	18.600	18.600	0
Veränderungen Investitionseinzahlung (Zeilen 19 - 23)		100.000	100.000	100.000	-2.100.000	-200.000
Veränderungen Investitionsauszahlung (Zeilen 25-30)		180.000	200.000	-1.200.000	-1.200.000	0
Investitionsveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		80.000	100.000	-1.300.000	900.000	200.000
Gesamtveränderung: (+) Belastung / (-) Entlastung		298.600	118.600	-1.281.400	918.600	200.000

nachrichtlich:

Verpflichtungsermächtigungen:	2023	0
	2024	0
	2025	0

Anlage 7

Stellenplananträge

	Teilhaushalt			Art des Ertrages/Aufwands (Sachkonto)	Antragsteller Ausschuss	Planansatz 2022 in €		Veränderungen in €				Dauer	Anmerkungen	dafür	dagegen	enthalten
	Nr.	Produkt-Nr.	Produktbezeichnung			bisher	neu	Erträge	Aufwendungen	Erträge	Aufwendungen					

	Fachbereich 66 - Tiefbau und Verkehr		-	39.074.277	#BEZUG!											
--	--------------------------------------	--	---	------------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	---------	--	--	--	--	--

Anträge zum Stellenplan

1	86	Diverse	Diverse	Bündnis 90/DIE GRÜNEN	Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig": Stellenausstattung Im Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr sollen für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" vier Stellen aus der Stellenreserve entnommen und möglichst schnell ausgeschrieben werden. Ziel ist eine Besetzung dieser Stellen möglichst früh im Jahr 2022, idealerweise noch vor Ablauf des 2. Quartals. Mit dem Beschluss über den Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" hat der Rat der Stadt Braunschweig ein sehr ehrgeiziges Programm zur Förderung des Radverkehrs beschlossen, das bis zum Jahr 2030 abgearbeitet werden soll. Unstrittig ist, dass diese Ziele nur durch eine deutliche Aufstockung des Personals erreicht werden können. Bereits im Jahr 2021 wurden neue Stellen geschaffen. Um den notwendigen Stellenbedarf zu sichern, sollen im Jahr 2022 weitere 4 Stellen geschaffen werden.													dauerh.	") In der Stellenplanvorlage 2022 sind für den FB 66 nur 3,75 Stellen für den Radverkehr vorgesehen. Bei einer ganzjährigen Beschäftigung verursachen diese 3,75 Stellen zusätzliche Personalkosten i. H. v. ca. 286.600 €. Für jeden Monat, den die Stellen früher freigegeben werden, fallen demnach Personalkosten i.H.v. ca. 23.800 € an.

- SP 86 -

Frakt. Bündnis 90/Die Grünen

Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

66 / FB 66

Produkt

Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2022

Überschrift

Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig": Stellenausstattung

Beschlussvorschlag

Im Fachbereich 66 Tiefbau und Verkehr sollen für die Umsetzung der Maßnahmen aus dem Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" vier Stellen aus der Stellenreserve entnommen und möglichst schnell ausgeschrieben werden. Ziel ist eine Besetzung dieser Stellen möglichst früh im Jahr 2022, idealerweise noch vor Ablauf des 2. Quartals.

Begründung

Mit dem Beschluss über den Ziele- und Maßnahmenkatalog "Radverkehr in Braunschweig" hat der Rat der Stadt Braunschweig ein sehr ehrgeiziges Programm zur Förderung des Radverkehrs beschlossen, das bis zum Jahr 2030 abgearbeitet werden soll. Unstrittig ist, dass diese Ziele nur durch eine deutliche Aufstockung des Personals erreicht werden können. Bereits im Jahr 2021 wurden neue Stellen geschaffen. Um den notwendigen Stellenbedarf zu sichern, sollen im Jahr 2022 weitere 4 Stellen geschaffen werden.

gez. Helge Böttcher und Lisa-Marie Jalyschko

Unterschrift

	Abstimmungsergebnis			Antrag somit	
	dafür	dagegen	Enth.	angenommen	abgelehnt
AMTA am 25.01.2022					
FPDA am 03.03.2022					

Anlage 8

Geplanter Haushaltsresteabbau

Anlage 8

Haushaltsplanung 2022

Geplanter Haushaltsresteabbau für die Jahre 2021 – 2025

Org.-Einheit	Ist-Wert	Planwert HH-Reste zum Jahresende				
		2020	2021	2022	2023	2024
FB 66	21.914.239	18.914.239	16.914.239	14.914.239	13.314.239	12.314.239

Die FRAKTION. - DIE LINKE.,
Volt, Die PARTEI
Antragsteller/in

wird durch die Verwaltung ausgefüllt

Teilhaushalt / Org.-Einheit

Diverse / FB 20

Produkt

Diverse

FINANZUNWIRKSAMER ANTRAG ZUM HAUSHALT 2022

Überschrift

Keine weitere Zunahme der Haushaltsreste

Beschlussvorschlag

Die geplante Erhöhung der Haushaltsreste findet im Planungszeitraum nicht statt.

Begründung

Bereits jetzt ist der Stand der Haushaltsreste - und somit die Summe der nicht umgesetzten Ratsaufträge - mit einem Betrag von rund 150 Mio. Euro sehr hoch. Trotzdem wird von der Verwaltung vorgeschlagen, dass der Bestand der Haushaltsreste (Ergebniswirksam und Investiv) um folgende Beträge anwachsen soll:

2022: 8,1 Mio. Euro

2023: 8,9 Mio. Euro

2024: 10,7 Mio. Euro

2025: 4,7 Mio. Euro

Bereits der jetzige Stand an Haushaltsresten bedeutet, dass vom Rat beschlossene Investitionen für einen Zeitraum von über 1,5 Jahren, von der Verwaltung nicht umgesetzt wurden. Eine weitere Zunahme verschärft das Problem und erhöht den Sanierungsstau der städtischen Infrastruktur massiv.

Außerdem werden die Haushaltsgrundsätze Klarheit und Wahrheit im großen Stil missachtet und die kommunale Demokratie beschädigt. Der Beschluss über den Haushalt ist die Königsdisziplin des demokratisch legitimierten Stadtrates. Und der Stadtrat kann nicht erst ein Bündel von notwendigen Maßnahmen auf den Weg bringen und anschließend beschließen, dass die Verwaltung diese Maßnahmen nicht umsetzen muss.

gez. Kai Tegethoff

Versand per E-Mail an FBFinanzen@braunschweig.de

Unterschrift

Dez. VII
20.11/20.12

Datum: 05.01.2022

**Stellungnahme zum Antrag Nr. FU 29 der
Gruppe Die FRAKTION. zum Haushalt 2022**

Text:

Keine weitere Zunahme der Haushaltsreste

Die geplante Erhöhung der Haushaltsreste findet im Planungszeitraum nicht statt.

Begründung:

Siehe Antrag

Stellungnahme:

Der vorgelegte Haushaltsentwurf 2022 mit seinen geplanten Jahresverlusten und Anstiegen der Haushaltsreste ist Ausdruck der Rahmenbedingungen, wie zunehmende gesetzlich fixierte Rechtsansprüche, wie Instandhaltungsbedarfe und wie Anforderungen aus Ratsbeschlüssen bei gleichzeitig begrenzten Umsetzungskapazitäten.

Der Antrag wäre isoliert nicht umsetzbar. Vielmehr müssten gleichzeitig die Ursachen für den Anstieg der Haushaltsreste beseitigt werden. Im Wesentlichen würde dies eine Verringerung des Umfanges der Planung bzw. eine deutliche zeitliche Streckung erfordern.

Zur Höhe und Entwicklung der Haushaltsreste wird auf die Berichterstattung im Rahmen der Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen hingewiesen.

Diese Berichterstattung könnte Anlass bieten, Möglichkeiten einer Verringerung des Planungsumfanges zu erörtern.

Gez. Geiger

Unterschrift (Dez./FBL)

Anlage 9

Sonderrechnung Abfallwirtschaft, Ansatzveränderungen

Anlage 9 - Haushaltsslesung 2022 - Finanzhaushalt und Investitionsprogramm der Sonderrechnung Abfallwirtschaft

2021 - 2025 Ansatzveränderungen der Verwaltung

AMTA										
Abstimmungsergebnis										
Lfd. Nr.	Position / Projekt-Nr.	Projektdefinition	Ausschuss	Gesamt-kosten in €	Plan und Ist Vorjahre in €	2022 in €	2023 in €	2024 in €	2025 in €	Restbedarf ab 2026 in €

Sonderrechnung Abfallwirtschaft

17	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Veränderungen)	0	0	-6.000.000	-4.400.000	1.600.000	0	0		
1	Deponierekultivierung (Finanzierung aus Rückstellungen) (Instandhaltungsprojekt)	bisher	60.566.539	28.666.539	8.000.000	1.600.000	0	0	22.300.000	Verschiebung von Maßnahmen der Deponierekultivierung
		neu	60.566.539	28.666.539	2.000.000	6.000.000	1.600.000	0	22.300.000	
		Veränderung	0	0	-6.000.000	4.400.000	1.600.000	0	0	
23	Sonstige Investitionstätigkeit (Veränderungen)	0	0	0	3.000.000	0	0	3.000.000		
2	Rückzahlung der Ausleihungen liquider Mittel innerhalb des Konzerns Stadt Braunschweig	bisher	15.000.000	15.000.000	13.500.000	0	0	0	Anpassung an die für Ausleihungen zur Verfügung stehenden Mittel	
		neu	15.000.000	15.000.000	16.500.000	0	0	3.000.000		
		Veränderung	0	0	0	3.000.000	0	0	3.000.000	
30	Sonstige Investitionstätigkeit (Veränderungen)	0	0	6.000.000	0	0	0	0		
3	Ausleihungen liquider Mittel innerhalb des Konzerns Stadt Braunschweig	bisher	20.400.000	13.500.000	0	0	0	0	Anpassung an die für Ausleihungen zur Verfügung stehenden Mittel	
		neu	20.400.000	19.500.000	0	0	0	0		
		Veränderung	0	0	6.000.000	0	0	0		